



## **Unterrichtung 20/356**

der Landesregierung

### **Absichtserklärung zwischen dem Bundesland Oberösterreich (Republik Österreich) und dem Bundesland Schleswig-Holstein (Bundesrepublik Deutschland)**

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag gemäß § 1 Abs. 1 Ziff. 5 Parlamentsinformationsgesetz.

Federführend ist der Ministerpräsident.

Zuständige Ausschüsse: Europaausschuss, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss



Der Chef der Staatskanzlei  
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

**Minister**

Landtagspräsidentin  
Frau Kristina Herbst mdL  
Düsternbrooker weg 70  
24105 Kiel

Nur per Mail an:

Kristina.Herbst@landtag.ltsh.de

8. Juni 2026

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

nachdem im vergangenen Jahr eine Delegation aus dem Bundesland Oberösterreich unter der Leitung von Landesamtsdirektor Thomas Schäffer Schleswig-Holstein besucht hat, um sich in Fragen der Digitalisierung zu informieren, wurden verschiedene Felder für Kooperations- und Austauschmöglichkeiten im Bereich der Digitalisierung identifiziert, bei denen es lohnt, den gemeinsamen Dialog, insbesondere auf Ebene der für die Digitalisierung zuständigen Arbeitseinheiten, nicht nur fortzusetzen, sondern zu intensivieren. Beide Seiten sind übereingekommen, dies auch formal festzuhalten. Gemäß § 1 Abs. 1 Zf. 5 PIG unterrichtete ich darüber, dass zunächst beabsichtigt ist, hierzu eine Absichtserklärung, ein Memorandum of Understanding, abzuschließen, welches als Anlage dieser Information beigefügt ist. Zentrale Themen darin sind:

- **Digitale Verwaltung:** Entwicklung nutzerfreundlicher, barrierefreier und effizienter digitaler Verwaltungsleistungen sowie Einsatz von KI zur Unterstützung von Verwaltungsprozessen.
- **Verantwortungsvolle KI:** Austausch zu ethischen, rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für den Einsatz von KI, mit Fokus auf Transparenz, Datenschutz und menschliche Aufsicht.
- **Digitale Souveränität:** Förderung offener Standards, interoperabler Systeme und unabhängiger Dateninfrastrukturen zur Verringerung technologischer Abhängigkeiten.

- **Regionale Wertschöpfung:** Austausch zu stärkerer Einbindung regionaler Unternehmen bei Digitalisierungs- und KI-Projekten.
- **Cybersicherheit und Resilienz:** Ausbau des Austauschs zu Cybersicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen, um digitale Systeme widerstandsfähiger gegen Cyberbedrohungen zu machen.

Aus dem Memorandum ergeben sich keine finanziellen Verpflichtungen gegenüber Dritten.

Gern unterrichte ich den Europaausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Digitalisierung über den weiteren Fortgang.



Gez.

Dirk Schrödter

**Anlagen: Entwurf Absichtserklärung**

**ABSICHTSERKLÄRUNG**  
ZWISCHEN  
**DEM BUNDESLAND OBERÖSTERREICH (REPUBLIK ÖSTERREICH)**  
UND  
**DEM BUNDESLAND SCHLESWIG-HOLSTEIN (BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND)**

**PRÄAMBEL**

Das Land Oberösterreich und das Bundesland Schleswig-Holstein (nachfolgend „die Partner“ genannt) erkennen die wachsende Bedeutung von Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und Innovation für eine zukunftsfähige Verwaltung sowie für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Europas an.

Auf Grundlage gemeinsamer europäischer Werte, des gegenseitigen Vertrauens und der langjährigen historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland verfolgen die Partner das gemeinsame Ziel, Innovation, Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken.

Vor diesem Hintergrund bekräftigen die Partner mit dieser Absichtserklärung ihre Zusammenarbeit zu vertiefen.

**1. Gemeinsame Ziele**

Die Partner verfolgen das Ziel, eine bürgerzentrierte, resiliente und zukunftsfähige digitale Verwaltung zu gestalten, die durch innovative Technologien unterstützt wird. Gleichzeitig streben sie eine enge Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand an, um gemeinsame Lösungen für aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen zu entwickeln. Ziel ist es, regionale Innovationsökosysteme zu stärken und technologische Souveränität auf regionaler Ebene zu fördern.

**2. Schwerpunkte der Zusammenarbeit**

Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf die folgenden strategischen Bereiche:

## **2.1 Bürgerzentrierte und effiziente digitale Verwaltung**

Die Partner verfolgen das Ziel die Verwaltungsleistungen an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten. Digitale Prozesse sollen einfach, barrierefrei, sicher und jederzeit zugänglich sein, um den Zugang zu öffentlichen Services zu erleichtern und deren Qualität zu erhöhen. Gleichzeitig sollen Digitalisierung und KI die Beschäftigten entlasten und die Effizienz der Verwaltung steigern. Ein verstärkter Austausch zwischen den Partnern soll zu einer stetigen Weiterentwicklung in diesem Bereich beitragen.

## **2.2 Verantwortungsvolle KI und Datenethik**

Die Partner bekennen sich zu einer rechtlich, ethisch und gesellschaftlich verantwortbaren Nutzung von Künstlicher Intelligenz, insbesondere in der Verwaltung. Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Datenschutz, Sicherheit und menschliche Aufsicht bilden dabei die zentralen Grundsätze. Der Austausch zu Leitlinien, Governance-Modellen und Best Practices bildet einen wesentlichen Bestandteil der Zusammenarbeit.

## **2.3 Digitale Souveränität und technologische Unabhängigkeit**

Die Partner streben den Ausbau ihrer technologischen Souveränität an. Durch den Einsatz offener Standards, interoperabler Systeme und kontrollierbarer Datenflüsse soll die Abhängigkeit von nicht europäischen Technologieanbietern reduziert und die digitale Selbstbestimmung langfristig gestärkt werden. Der gegenseitige Austausch zu Software- und Datenlösungen bildet dabei einen zentralen Schwerpunkt der Zusammenarbeit.

## **2.4 Forschung und regionale Wertschöpfung**

Die Partner erkennen das Potenzial einer verstärkten bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Wirtschaft, um digitale Innovationen in der Verwaltung gezielt voranzubringen. Bei der Einführung von digitalen und KI-gestützten Lösungen für Verwaltungsprozesse sollen insbesondere regionale Unternehmen berücksichtigt werden. Darüber hinaus streben die Partner eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen in Schlüsselbereichen wie Künstlicher Intelligenz und datengetriebenen Anwendungen an.

## **2.5 Cybersicherheit und Resilienz**

Die Partner messen der Cybersicherheit und der digitalen Resilienz der öffentlichen Infrastrukturen eine hohe Bedeutung bei. Aufbauend auf bestehenden Kompetenzen in beiden Regionen wird ein verstärkter Austausch zu Cybersicherheit und dem Schutz kritischer Infrastrukturen angestrebt. Ziel ist es, die Widerstandsfähigkeit digitaler Systeme gegenüber Cyberbedrohungen zu stärken und das Vertrauen in digitale Anwendungen nachhaltig zu fördern.

### **3. Umsetzung**

Die Partner benennen jeweils eine Koordinationsstelle, die als zentrale Ansprechstelle für die Umsetzung dieser Absichtserklärung fungiert und den laufenden Austausch unterstützt. Seitens des Bundeslandes Oberösterreich übernimmt diese Funktion die Abteilung Präsidium/Außenbeziehungen, seitens des Landes Schleswig-Holstein die Abteilung Digitalisierung und Zentrales IT-Management der Landesregierung.

### **4. Wechselseitige Verpflichtungen**

Diese Absichtserklärung begründet keine finanziellen Verpflichtungen. Die Partner tragen die Kosten ihrer jeweiligen Aktivitäten selbst, sofern nicht im Einzelfall schriftlich etwas anderes vereinbart wird.

Die Vereinbarung stellt kein rechtlich bindendes Dokument dar. Sie ist Ausdruck des gemeinsamen politischen Willens, die beschriebenen Ziele im Geiste partnerschaftlicher und europäischer Zusammenarbeit zu verfolgen.

### **5. Dauer und Beendigung**

Diese Absichtserklärung tritt mit der Unterzeichnung durch beide Partner in Kraft und gilt für eine Dauer von drei Jahren. Sie kann von jeder Partei jederzeit durch schriftliche Mitteilung beendet werden.

### **6. Schlussbestimmungen**

Diese Absichtserklärung wird in zwei gleichlautenden deutschen Originalfassungen ausgefertigt und am 11. Juni 2026 in Linz unterzeichnet. Beide Fassungen sind gleichwertig.

Für das Land Oberösterreich

Für das Land Schleswig-Holstein

Thomas STELZER  
Landeshauptmann von Oberösterreich

Dirk SCHRÖDTER  
Minister des Landes Schleswig-Holstein